

# DIE ARBEITER<sup>INNEN</sup>ZEITUNG

Herausgegeben von der Partei der Arbeit

Ausgabe 2018/09

# ES REICHT! GENERALSTREIK JETZT!

## KÄMPFEN WIR GEMEINSAM GEGEN:

- ☆ 12-Stunden-Tag
- ☆ 60-Stunden-Woche
- ☆ Kürzung der Mindestsicherung
- ☆ Zerschlagung der AUVA (Unfallversicherungsanstalt)
- ☆ Schließung von Spitälern
- ☆ Sparen bei Alten- und Krankenversorgung
- ☆ Kürzung der Kindergartenförderungen und noch vieles mehr.
- ☆ Kürzung bei den Arbeitslosen, insbesondere den älteren Kolleginnen und Kollegen
- ☆ Abschaffung der Jugendvertrauensräte
- ☆ Kürzung der Familienbeihilfe
- ☆ Geschenke für die Reichen und die Konzerne

Abonniert die AZ und unterstützt die PdA!



Bestellungen an [pda@parteidearbeit.at](mailto:pda@parteidearbeit.at)

Jede Spende hilft!  
Partei der Arbeit Österreichs  
AT10 2011 1824 2361 8700

Diese Regierung ist dabei, in rasantem Tempo die hart erkämpften Sozial- und Arbeitsrechte von Jahrzehnten zu demolieren. Der Österreichische Gewerkschaftsbund hat vor der Beschlussfassung des neuen Arbeitszeitgesetzes im Parlament tausende Betriebsversammlungen und eine Großdemonstration in Wien mit mehr als 100.000 Teilneh-

merinnen und Teilnehmern durchgeführt. Trotzdem wurde das Gesetz von der ÖVP-FPÖ-Regierung beschlossen und tritt mit 1. September in Kraft. Auch eine Reihe anderer unsozialer Maßnahmen wird ohne Rücksicht auf irgendwelche Einwände durchgezogen. Es wird nicht genügen, dass die Gewerkschaften sich in Kollektivvertrags-

verhandlungen in den gut organisierten Branchen wie der Metallindustrie oder bei den Eisenbahnern etwas „zurückholen“. Dieses Gesetz muss weg! Alle Sozialabbau-Maßnahmen müssen weg! Das wird nur zu erreichen sein, wenn die Regierung sieht, dass der Widerstand so groß ist, dass nichts mehr geht. **Und das bedeutet: Generalstreik!**

## KOMMENTAR

**Gegenmacht von unten aufbauen!**

Diese Regierung wird geleitet von einem Kanzler Kurz, der einen Wunschzettel der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer abarbeitet. Was die Konzern- und Unternehmervertreter sich wünschen, ist Regierungsprogramm. Der Koalitionspartner FPÖ ist willfähriger Erfüllungsgehilfe. Die FPÖ als „Arbeiterverräter“ zu bezeichnen, wie die SPÖ das nun gerne macht, ist trotzdem ein wenig skurrill, denn das würde ja voraussetzen, dass die FPÖ jemals die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten hätte. Die FPÖ ist aber – ebenso wie die ÖVP – eine Partei, die den Interessen des großen Kapitals dient, hinter ihr stehen ebenso Industrielle und Großspender, wie das bei der ÖVP der Fall ist. Die FPÖ hatte bislang nur eine andere Aufgabe: Sie sollte den Unmut in breiten Schichten der Bevölkerung weglenken von den wahren Ursachen und Feinbilder erzeugen. So waren immer die „Ausländer“ an allem Schuld, in jüngster Zeit wird ganz besonders gegen Menschen gehetzt, die hier Schutz vor Verfolgung suchen. Dieses Muster ist so altbekannt wie ekelregend. Neu daran ist, dass auch die ÖVP diesen Kurs verfolgt. Natürlich kann und soll man der FPÖ ihre Umfaller vorhalten, aber sie als Arbeiterpartei zu sehen, ist vollkommen falsch. Auch wenn viele Arbeiterinnen und Arbeiter die FPÖ gewählt haben, trifft das nicht zu.

Der ÖGB hat mit den Kampfmaßnahmen im Juni auch auf der Straße gegen den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche Stellung bezogen. Die Führung musste das tun, da der Druck von unten schon zu groß war. Es kommt jetzt

darauf an, diesen Druck aufrechtzuerhalten und zu verstärken. Denn die Gewerkschaftsführung träumt immer noch von sozialpartnerschaftlichen Lösungen, während Regierung und Industrie die Türen immer lauter zuknallen. Die obersten Gewerkschaftsbürokraten sind ohne Erfahrung in großen Arbeitskämpfen und sie haben auch sichtlich Angst davor. Vor allem haben sie Angst, dass eine breite Bewegung von unten von ihnen nicht mehr kontrollierbar wäre, denn dann wäre ihre Rolle als Abwiegler endgültig tot.

Als Partei der Arbeit unterstützen wir jede kämpferische Initiative von unten. Die auch von der PdA mitgetragene Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International (KOMintern) ist im gewerkschaftlichen Bereich die konsequenteste Verfechterin eines Kurswechsels. Gemeinsam mit anderen kämpferischen Kräften wie der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ) und dem Kommunistischen StudentInnenverband (KSV) arbeiten wir am Aufbau einer Gegenmacht von unten. Es sind alle, ob Arbeiter/in, Angestellte, Arbeitslose, öffentlich Bedienstete, Junge und Alte, Frauen und Männer aufgerufen, eine gemeinsame Front gegen die unsoziale Politik zu bilden. Nur wenn wir unten zusammenstehen und kämpfen, wird sich oben etwas ändern!



**von Otto Bruckner**  
Vorsitzender der  
Partei der Arbeit

## SPÖ: PRINZIPIENLOSIGKEIT UND ANTIKOMMUNISMUS

Die SPÖ regiert im Burgenland mit der FPÖ, in der Steiermark und in in Kärnten mit der ÖVP und in Wien mit den Grünen. Während die SPÖ in Wien sich gegen etliche unsoziale Maßnahmen der Regierung ausspricht, ist das in anderen Bundesländern nicht immer so klar. So stimmte die SPÖ im steirischen Landtag GEGEN einen Antrag der KPÖ-Steiermark, welcher die geplante Einführung des 12-Stundentags verurteilt hätte. Die Begründung: Man könne doch die Koa-

lition mit der ÖVP deswegen nicht aufs Spiel setzen. Im Landtag sitzt übrigens auch SPÖ-Bundesgeschäftsführer Max Lercher, der während der Abstimmung aufs Klo oder sonst wohin verschwand. Um von der eigenen Prinzipienlosigkeit abzulenken, wurde auch noch eine gehörige Portion Antikommunismus in die Debatte eingestreut. Was soll man von einer solchen Partei halten? Aus der Steiermark stammen übrigens nicht nur der bereits erwähnte Bundesgeschäfts-

führer sondern auch der Baugewerkschaftsboss Josef Muchitsch. Was hat man von ihm zum Umfaller seiner steirischen Parteifreunde gehört? Nichts! Wer der Illusion nachhängt, die SPÖ sei eine Kampfpartei der Werktätigen, wird ohnehin ständig von der Realität eingeholt. Sie ist eine neoliberale Partei auf der Regierungsreservebank. Die klassenkämpferischen Töne, die da und dort angeschlagen werden, sollten des halb nicht überschätzt werden. ■

# „IHR SEID NICHT ALLEIN, LASST UNS GEMEINSAM KÄMPFEN!“

Der Bundesvorsitzende der Kommunistischen Jugend Österreichs im Gespräch

**Lieber Raffael, bevor wir zu den politischen Themen kommen, stell Dich unseren LeserInnen doch einmal kurz vor. Wie alt bist Du? Woher kommst Du? Was machst Du beruflich?**

*Erst einmal Danke für die Einladung euch Antwort und Rede stehen zu dürfen. Ich bin 28 Jahre alt und mittlerweile fast 12 Jahre in der KJÖ aktiv. Aufgewachsen bin ich in Braunau am Inn. Dort bin ich auch politisch sozialisiert worden. Bei mir war es insbesondere die klare antifaschistische Haltung meiner Eltern, meine Wut auf die damalige schwarz-blau-orange Bundesregierung unter Kanzler Schüssel und damit verbunden auch mein Wunsch etwas an den Gegebenheiten verändern zu wollen, der mich dazu bewegt hat, sich politisch zu engagieren. Mein Vater hatte mich damals schon öfters mit auf Demonstrationen gegen die NATO-Sicherheitskonferenz in München genommen und dann war da auch noch die Großdemo gegen den Besuch von G. W. Bush in Wien, die mich sicherlich stark geprägt haben. In diesen Jahren bin ich auch zur KJÖ Braunau gestoßen. Mittlerweile lebe ich in Linz und bin in der Gebietskrankenkasse beschäftigt.*

**Seit dem letzten Bundeskongress bist Du Bundesvorsitzender der Kommunistischen Jugend Österreichs. Welche Aufgabe hat die KJÖ unter den heutigen Bedingungen ganz generell?**

*Wir leben heute in einer Zeit der weltweiten Offensive des Kapitals, in der zum Frontalangriff auf erkämpfte Rechte der ArbeiterInnenklasse und der Jugend geblasen wird. Insbesondere auch die neue schwarz-blaue Bundesregierung tut sich hier als wütender Kettenhund hervor, der sich lediglich den kühnsten Träumen der KapitalvertreterInnen verschrieben*



Interview mit Raffael Schöberl

*hat. Hier gilt es unermüdlichen Widerstand zu leisten und eine Gegenmacht zu organisieren. Als Kommunistische Jugend wollen wir aber nicht bloß abwartend am Spielfeldrand stehen, sondern eine aktive und gewichtige Rolle einnehmen, wenn es darum geht, die drohenden Verschlechterungen abzuwehren und letztlich auch die Angriffe auf die Lebensrealitäten breiter Teile der Bevölkerung zurückzuschlagen.*

*Im einhundertsten Jahr der Gründung des Kommunistischen Jugendverbands (KJV), in dessen Tradition wir uns als KJÖ verstehen, und der parteiförmigen Organisation von Kommunistinnen und Kommunisten befinden wir uns aber auch in einer denkbar schwierigen Situation. Auch wenn uns die Entwicklungen der Bundes-KPÖ egalere nicht sein könnten, schreitet diese ihren seit Jahren eingeschlagenen Weg der völligen ideologischen Selbstaufgabe unbeirrt voran – und daran ändert auch die Tatsache nichts, dass ihnen nun mit den Jungen Linken, eine Jugendorganisation zur Seite steht, die lieber heute als morgen in einer pluralistischen, vollkommen beliebigen und letztlich reformistischen Linkspartei aufgehen*

*will. Ohne einzelnen ihrer Mitgliedern absprechen zu wollen, dass sie sich mit den herrschenden Verhältnissen nicht abfinden wollen, kann unsere Perspektive als KJÖ – und natürlich auch die des Kommunistischen StudentInnenverbands – einzig allein darin bestehen, die PdA in ihrem Aufbau an bundesweiten Strukturen zu unterstützen, um so den Weg zu ebnen für eine bundesweit relevante und in der ArbeiterInnenklasse verankerten revolutionären und kommunistischen Partei in Österreich. Wir orientieren darauf gemeinsam mit der PdA und der KPÖ Steiermark an Stärke zu gewinnen und somit ein Fundament dafür zu schaffen, um unseren bevorstehenden Aufgaben und der Verantwortung der ArbeiterInnenklasse gegenüber gerecht zu werden.*

**Du bist aber nicht nur Vorsitzender der KJÖ, Du bist auch in der Gewerkschaft recht aktiv. Welche Funktionen bekleidest du dort?**

*Ich bin seit 2015 stellvertretender Bundesjugendvorsitzender des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und seit letztem Jahr Vorsitzender der GPA-djp*



*Jugend in Oberösterreich. Durch meine Funktionen in der Jugendgewerkschaft bin ich auch Mitglied des oberösterreichischen Regionalvorstandes und des Bundesvorstandes der GPA-djp.*

**Die aktuelle schwarz-blaue Regierung greift die demokratischen und sozialen Rechte der arbeitenden Volksmassen massiv an. 12-Stunden-Tag, AUVA, Mindestsicherung, um nur die ärgsten Verschlechterungen zu benennen. Wo treffen diese Angriffe die jungen ArbeiterInnen und Lehrlinge?**

*Gerade die Ausweitung der gesetzlichen Arbeitszeit auf 12 Stunden täglich bzw. 60 Stunden in der Woche, aber auch alle anderen Angriffe auf erkämpfte Arbeitsrechte, treffen junge Menschen, die sich schließlich erst am Anfang ihres Lohnarbeitsverhältnisses befinden, besonders hart. Unsere Arbeitskraft wird von Anfang an stärker verschlissen und ausgebeutet, daraus resultierende gesundheitliche Probleme oder auch Arbeitsunfälle, die sich vor allem bei ständiger Überlastung oder Müdigkeit häufen, können das Leben junger Menschen massiv beeinträchtigen. Zu allem Überdross will die Bundesregierung die Allgemeine Unfallversicherung zerschlagen und die Krankenkassen handlungsunfähig machen, um letztlich das Gesundheitswesen an private Investoren zu verscherbeln und daraus Profit zu schlagen.*

*Bei all diesen arbeiterInnenfeindlichen Vorhaben ist der Regierung natürlich eine gewerkschaftliche und betriebliche Interessensvertretung, insbesondere dann, wenn sie kämpferisch auftritt, ein gewaltiger Dorn im Auge. So wollen sie den Einfluss von Betriebsräten einschränken und die Jugendvertrauensräte, also die Vertretung junger ArbeiterInnen und Lehrlingen im Betrieb, abschaffen. Das dürfen wir uns keinesfalls gefallen lassen und so müssen wir mit aller Entschlossenheit dagegen ankämpfen!*

**Viele der Pläne sind bereits im „Plan A“ des sozialdemokratischen Oppositionsführers Christian Kern, angedacht worden. Wie schätzt du die Rolle der FSG in der Gewerkschaft und im Betrieb ein?**

*Das unsägliche Spiel der Sozialdemokratie ist doch immer dasselbe, das ist nicht mehr als alter Wein in neuen Schläuchen. Während man sich in Regierungsverantwortung angeblichen realpolitischen Sachzwängen hingibt, um letztlich auch nur die Interessen des Kapitals zu stützen, kann man sich in Zeiten der Opposition kämpferisch und links geben. Das ist halt nicht nur unglaublich, sondern auch ein ganz billiger und durchschaubarer Schmä. Und das wissen vor allem auch jene Menschen, deren Löhne seit Jahrzehnten stagnieren und deren Druck am Arbeitsplatz mehr und mehr zunimmt während ihre Mieten und Lebenshaltungskosten massiv im Steigen begriffen sind. Christian Kerns Schwenk bei CETA, in dem er das Freihandelsabkommen als Bundeskanzler noch ganz im Interesse der Großkonzerne durchgepeitscht hat, um es nun lautstark zu kritisieren, ist zwar sicherlich das plakativste Beispiel, aber dies ist letztlich nur symptomatisch für die Rolle der sozialdemokratischen Führung.*

**Stichwort Jugendvertrauensrat: wieso ist dieser der Kurz-Strache-Regierung solch ein Dorn im Auge? Und wie kann es Deiner Meinung nach verhindert werden, dass der JVR abgeschafft wird?**

*Durch den Jugendvertrauensrat haben junge ArbeiterInnen, Angestellte und*

*Lehrlinge das Recht sich im Betrieb zu organisieren und sich für ihre Interessen und die ihrer KollegInnen einzusetzen. Das macht es für den Lehrherrn natürlich schwerer sie nach Strich und Faden zu verarschen und auszubeuten. Schließlich stehen dem Jugendvertrauensrat auch gesetzliche Schutzbestimmungen, wie Kündigungsschutz und Bildungsfreistellung zu. Viele JugendvertrauensrätInnen werden später dann auch aktiv im Betriebsrat oder in der Gewerkschaft. Und wenn man die Interessensvertretung ganz im Allgemeinen angreifen will, macht man das natürlich am effektivsten, in dem man ihm die wichtigste Rekrutierungsbasis nimmt.*

*Im ersten Schritt war es jetzt erst einmal wichtig, die breite Öffentlichkeit durch Protestaktionen und eine Unterschriftenkampagne über das Vorhaben der Bundesregierung, den JVR abschaffen zu wollen, zu informieren. Nun müssen wir dazu übergehen, die Schlagkraft und den Druck zu erhöhen. Es bräuchte österreichweite Jugendversammlungen und die rund 800 Körperschaften und 3000 JVR-Mitglieder, die es österreichweit gibt, aber auch alle anderen Lehrlinge müssen noch viel stärker in die Kampagne eingebunden werden. Die „Wir lösen das für euch“-StellvertreterInnenpolitik der Gewerkschaften wird auch hier keinen Erfolg haben, insbesondere jungen Menschen muss das Werkzeug in die Hand gegeben werden, sich selbst zu wehren, um im Betrieb aktiv zu werden.*

**Die Gewerkschaft schwankt momentan zwischen Verbalradikalismus und Kompromiss mit der Regierung. Zuletzt war vom ÖGB-Vorsitzenden Katzian zu hören, dass man den 12-Stunden-Tag bei den Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst nur noch abfedern wolle anstatt ihn zu bekämpfen. Wie schätzt du die Politik des ÖGB ein? Ist eine kämpferische Offensive – vielleicht sogar Streiks – zu erwarten?**

*Es wäre dringend notwendig! Doch ich befürchte, dass der ÖGB über die jahrzehntelang gelebte Praxis des sozialpartnerschaftlichen Kuhhandels verlernt hat, zu kämpfen und man deshalb so schleppend in die Gänge kommt.*

Man klopft sich für die – wirklich beeindruckende – Großdemonstration mit über 100.000 TeilnehmerInnen und die mehr als 2000 Betriebsversammlungen noch immer kräftig auf die Schulter, um wohl auch darüber hinwegzutäuschen, dass man gar nicht so Recht einen Plan hat, wie es nun weitergehen soll. Das ständige Gerede davon, dass man vom Vorgehen der Regierung überrumpelt wurde, dass man in die Gesetzfindung nicht eingebunden war und jetzt plötzlich niemand mehr mit einem Reden möchte, macht eher einen weinerlichen Eindruck als den einer selbstbewussten und klassenkämpferischen Gewerkschaftsorganisation. Die Ankündigung von ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian, den 12-Stunden-Arbeitstag lediglich abfedern zu wollen, wäre tatsächlich ein Kniefall vor dem Kapital und ein ganz besonders schwerer Schlag ins Gesicht für all jene in den Betrieben, die nun für ihre Rechte kämpfen wollen. Es darf eigentlich kein Weg daran vorbeiführen, möglichst rasch weitere

gewerkschaftliche und betriebliche Kampfformen vorzubereiten, zu organisieren und damit den Druck auf die Bundesregierung zu erhöhen. Von öffentlichen Protesten über weitere Großdemonstrationen, österreichweite Aktionstage und Betriebsversammlungen, braucht es die Vorbereitung zum flächendeckenden und branchenübergreifenden Streik. Das was es jetzt braucht, ist kein „Dialog auf Augenhöhe“, sondern ein Sturm der Entrüstung auf der Straße und in den Betrieben!

### Was sind Deiner Meinung nach die Aufgaben von JungkommunistInnen im Widerstand gegen diese arbeiterInnen- und volksfeindliche Regierung?

Mit Demos und öffentlichen Aktionen gegen diese Regierung allein wird es nicht getan sein. Vordergründig müssen wir gerade in jenen Bereichen, in denen unsere Mitglieder arbeiten, zur Schule gehen oder studieren, Strukturen aufbauen und aktiv werden. Dort wo wir selbst die meiste Zeit des Tages verbringen,

dort wo wir ja auch die unmittelbaren Auswirkungen der Angriffe am härtesten zu spüren bekommen, müssen wir uns mit unseren KollegInnen zusammenschließen und gemeinsam Widerstand organisieren. Dieser Weg mag nicht immer einfach sein, es wird Rückschläge geben und vor allem wird es keine schnellen Erfolge geben, aber es ist die einzige Möglichkeit um auch langfristig eine Gegenmacht aufbauen zu können.

Gleichzeitig liegt es aber auch an uns, Illusionen über sozialpartnerschaftliche und reformistische Träumereien zu zerstreuen, die letztlich nur dazu da sind, den Menschen Sand in die Augen zu streuen und die Widersprüche des kapitalistischen Systems zu verschleiern. Fakt jedenfalls ist, nur, weil sich die Sozialdemokratie gerade in Opposition befindet, bedeutet das noch lange nicht, dass diese eine Alternative zur momentanen Bundesregierung darstellt.

Das vollständige Interview findest Du auf [www.parteierarbeit.at](http://www.parteierarbeit.at) ■

# konsequent kämpferisch KOMintern

## Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International

Die klassenkämpferisch-internationalistische Kraft in Betrieb, Gewerkschaft, Arbeiterkammer und auf der Straße

Gerade in Zeiten wie diesen, der umfassenden Erosion der Arbeitsverhältnisse und Lebensstandards vieler Menschen sowie der brachialen aktuellen Frontalangriffe von Oben, gilt es den ökonomisch Herrschenden und politischen Eliten konsequenten Widerstand entgegenzusetzen. Die zahnlose Politik der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion in Gewerkschaften und AK wird dafür nicht ausreichen.

Ja, deren sozialpartnerschaftliche Orientierung erweist sich vielmehr immer wieder aufs Neue als unheilvoll. So ist es für die Verteidigung unserer Arbeits- und Lebensinteressen auch irrelevant, ob die FSG-Spitzen in den von ihnen dominierten Gewerkschafts- und in den AK-Gremien über das eine oder andere zusätzliche Prozent und Amterl verfügen.

Entscheidend ist demgegenüber vielmehr, die kritische Stimme an der Basis, sowie die konsequenten Klassenkräfte zu stärken und eine neue kämpferische Perspektive von Unten zu eröffnen. KOMintern ist genau dieser unbestechliche Sammelpunkt des Widerstands und der Solidarität! **Darum bei den AK-Wahlen 2019: KOMintern!**

**Kostenlos bestellen: KOMintern-Materialien**

**Falter & Broschüren**

- Arbeitszeit-Verkürzung JETZT!
- QUALITÄT hat ihren PREIS!
- Schein und Sein der Lohnarbeit
- Nein zum Tagelöhnerhand!

**KOMpass: unsere Zeitung**

**Aufkleber: Nein zum 12-Stunden-Tag!**

### Aktiv werden!

Derzeit in:  
Wien  
Niederösterreich  
Oberösterreich  
Tirol

### Nachlesen!

Alle Falter, Broschüren und die Zeitung „KOMpass“ kostenlos bestellen unter:  
[info@komintern.at](mailto:info@komintern.at)

### Spenden!

Für die aktuelle „HeiBer Herbst“-Kampagne:  
IBAN: AT47 1400 0011  
1006 0625, BIC: BAWAATWW  
Betreff: HeiBer Herbst  
[www.komintern.at](http://www.komintern.at)

# ZUR ÖSTERREICHISCHEN EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT



## Erklärung der Partei der Arbeit Österreichs (PdA) (gekürzt)

Mit 1. Juli 2018 übernimmt Österreich turnusmäßig für sechs Monate den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. (...)

Für die dritte österreichische EU-Ratspräsidentschaft nach 1998 und 2006 hat die rechtskonservative Wiener Regierung das Motto „Ein Europa, das schützt“ gewählt. Die geografische Tatsache, dass der Großteil Europas außerhalb der EU liegt, sei geschenkt. Was Kurz, Strache, Kickl und Konsorten mit diesem Slogan jedoch an vorderster PR-Front meinen, ist klar: „Geschützt“ werden müssen die EU-Außengrenzen vor Flüchtenden, nicht aber etwa Flüchtende vor Krieg, Terror, Mord und Verfolgung – ein widerlicher Zynismus, der Ausdruck menschenfeindlicher Haltungen, aber auch politischer Ablenkungsmanöver ist.

Denn gleichzeitig beweist die Regierung auch im Inland, was nicht schützenswert ist, nämlich die Interessen und Bedürfnisse der arbeitenden Menschen und der sozial Schwachen, demokratiepolitische Standards, Persönlichkeits-, Bürger- und Menschenrechte. Die offenen und direkten Angriffe auf den Achtstundentag, auf Elemente der ArbeitnehmerInnen-Selbstverwaltung und den gewerkschaftlichen Einfluss, auf die ohnedies zu geringe Mindestsicherung oder auch auf die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sprechen eine deutliche Sprache. Wenngleich auch die vergangenen SPÖ-geführten Regierungen in der Praxis letztlich systemkonforme Lakaien des Kapitals waren, so vertritt die Regierung Kurz nun ganz ungeniert und mit neuer Intensität das Wunschprogramm der Industriellenvereinigung, der Banken und der Agrarkonzerne. (...)

Auch auf internationaler Ebene hat sich die Regierung Kurz/Strache in den letzten Wochen deutlich positioniert: Wenngleich es hier auch bilaterale, nämlich transnational wirksame sozialpolitische Differenzen gibt, so stellt sich die ÖVP/FPÖ-Koalition bewusst an die Seite der Visegrád-Staaten, damit an die Seite Viktor Orbans und der polnischen Regierung. Sie sucht die Übereinkunft mit dem fremdenfeindlichen Teil der neuen italienischen Regierung, was auch für Deutschland gelten dürfte: Bundeskanzler Kurz unterstützt offen Innen-

minister Horst Seehofer und die bayrische CSU, während FPÖ-Vertreter sogar bei AfD-Veranstaltungen auftreten.

Ein etwas konkreteres Interesse verfolgt die österreichische Regierung am so genannten „Westbalkan“: In einer Region, in der nicht nur das österreichische Monopolkapital neben dem deutschen und italienischen auf imperialistische Weise tonangebend, sondern auch noch das österreichische Bundesheer als relevanter Teil der EU-Okkupationsarmee stationiert ist, sollen Montenegro, Albanien, Nordmazedonien, der Pseudostaat Kosovo, partiell Bosnien-Herzegowina und vielleicht Serbien enger an die EU gebunden, d.h. von ihr weiter abhängig gemacht werden, ohne dass eine baldige EU-Vollmitgliedschaft zwingend folgen müsste. Mit Hilfe der EU will der eigenständig begrenzte österreichische Imperialismus hier seinen Hinterhof unter maximale Kontrolle bringen und ausweiten. Dies ist der etwas substantiellere Kern der von Kurz propagierten „Achse Wien-Berlin-Rom“ mit allen historischen und „neokolonialen“ Implikationen.

Ungeachtet der Rolle und Bedeutung der österreichischen Ratspräsidentschaft, markiert die EU grundsätzlich das „Europa“ der Banken, Konzerne und Militärs. Als imperialistisches Bündnis steht sie für Aggression nach außen und Repression nach innen, für die durchdringende Herrschaft des Monopolkapitals und die – auch antizipierte – Niederhaltung emanzipatorischer und potentiell revolutionärer Kräfte des Widerstandes. Dieser Wesensinhalt der EU macht es zu einer Illusion, sie in ein Werkzeug des sozialen und demokratischen Fortschritts sowie des Friedens verwandeln zu wollen. (...)

Da erschiene es naheliegend, wichtige EU-Treffen der Ratspräsidentschaft – wie in der Vergangenheit – durch große Kundgebungen oder sonstige Protestmaßnahmen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zu begleiten. Doch die sozialdemokratisch dominierte EGB-Führung in Brüssel wie jene des ÖGB verzichtet offenbar darauf, gegen die Problemfelder Austeritätspolitik, Sparzwang, Privatisierungsdiktat, EU-Entsenderichtlinie oder Arbeitszeitregelungen im internationalen Kontext zu mobilisieren.

Vor diesem Hintergrund erachtet es die Partei der Arbeit Österreichs als ihre gegenwärtige Aufgabe, gemeinsam mit ihren nationalen und internationalen Verbündeten den Widerstand zu organisieren:

- den Widerstand gegen die asoziale, repressive und fremdenfeindliche Politik der österreichischen Regierung im Dienste des Kapitals und ihrer eigenen PR-Maschinerie;
- den Widerstand gegen die Versuche der SPÖ- und ÖGB-Führung, den gesellschaftlichen Unmut in die Bahnen ihres heuchlerischen permanenten Wahlkampfes im Sinne eines „klassenharmonischen“ Sozialpartner-Kapitalismus zu lenken;
- den Widerstand gegen die Ausweitung der imperialistischen Ausbeutung Ost- und Südosteuropas durch das österreichische Großkapital;
- den Widerstand gegen die weitere Institutionalisierung der demokratischen und Souveränitätsverluste zugunsten der deutsch-französischen EU-Dominanz und des westeuropäischen Monopolkapitals;
- den Widerstand gegen die militärische Aufrüstung, Kriegstreiberei, Interventions- und Okkupationspolitik der EU und der NATO.

Gestärkt durch die Teilnahme an den Kämpfen der Arbeiterklasse und deren Aufklärung und Organisierung, ist es das schließliche Ziel der Partei der Arbeit Österreichs, nicht nur die gegenwärtige österreichische Regierung und das EU-Diktat ins politische Ausgedinge zu befördern, sondern den Imperialismus und Kapitalismus mitsamt all' ihren politischen, wirtschaftlichen und medialen Herrschaftsinstrumenten, Institutionen und Bündnissen zu überwinden. Dies wird den Weg zu einer Zukunft ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg eröffnen, den Weg zu einem Europa und einer Welt der Völkerfreundschaft und der Solidarität, den revolutionären Weg zum Sozialismus und zur klassenlosen Gesellschaft. ■

## KOMMENTAR

## EU: Arbeiterfeindlich, asozial, antidemokratisch

Als Österreich 1995 der Europäischen Union beitrat, wurde den Menschen das Blaue vom Himmel versprochen: Wohlstand, Vollbeschäftigung, hohe Löhne, niedrige Preise, neue Freiheiten und Sicherheiten. Die tatsächliche Entwicklung war eine andere: Die EU erwies sich als Brandbeschleuniger bei den Programmen des Sozialabbaus, der Privatisierungen, des Lohndumpings, des Standortwettbewerbs und der Auslieferung aller Lebensbereiche an die Profitlogik der Konzerne, Banken und Versicherungen. Begleitet wurde dies durch Souveränitätsverluste, Demokratieabbau und ein Überwachungsregime, durch Militarisierung und Aufrüstung. Der Misthaufen EU – ein Paradies für Kapital-Lobbying, Freunderlwirtschaft und Korruption – stinkt zum Himmel.

Wer die Reichen, Banken und Konzerne, aber auch das Militär mit Milliardenbeträgen begünstigen will, muss diese finanziellen Mittel zunächst beschaffen: Sie werden den arbeitenden und sozial ohnedies schlechter gestellten Menschen vorenthalten, direkt und indirekt: Während für die ArbeiterInnen und Angestellten stagnierende Löhne/Gehälter bzw. gar Reallohnverluste Normalität sind, explodieren die Unternehmensgewinne. Während die Massensteuern steigen, werden große Vermögen und Profite mit Samthandschuhen behandelt, erhalten Großkonzerne und Agrarriesen absurde Steuererleichterungen und großzügige Subventionen.

Doch auch die Arbeitsbedingungen werden auf Zuruf der Industrie- und Gewerbevereinigungen verschärft: In Fragen der Arbeitszeit, Kollektivverträge, Mindestlöhne und diverser Zumutbarkeitsbestimmungen, aber auch hinsichtlich sozialer Ansprüche, Arbeitslosenunterstützung, Gesundheitsversorgung und Pensionen gehen EU-Übereinkommen und nationale Umsetzungen in den einzelnen Ländern Hand in Hand. All' dies – nichts Anderes als verschärfte Ausbeutung – dient wiederum der Profitmaximierung.

Dass auch die letzten Reste des Volkseigentums in Form staatlicher, kommunaler oder öffentlicher Betriebe und Einrichtungen an Privatkapitalisten und Konzerngeflechte verschleudert werden, um diese gewinnbringend zu fletieren, während etwaige Schulden und Verluste stets der Bevölkerung aufgebürdet und „sozialisiert“ werden, findet seinen Gipfel in der Austeritätspolitik und im Euro-Spardiktat.

Es sind aber nicht nur die radikalkapitalistischen und neoliberalen politischen Kräfte wie ÖVP, FPÖ und NEOS sowie ihre europaweiten Fraktionen im EU-„Parlament“, die hier Verantwortung tragen. Auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführung unterstützen seit Jahrzehnten eine arbeiter- und volksfeindliche Realpolitik. Im Falle der SPÖ war es sogar sie – nicht die ÖVP –, die seit 1995 zumeist an der Spitze der EU-hörigen und kapitalfreundlichen österreichischen Regierungen stand. Die gegenwärtige SPÖ-„Oppositionspolitik“ ist an Heuchelei kaum zu überbieten: Die SPÖ ist inhaltlich schon lange keine Arbeiterpartei mehr, sondern vor Jahrzehnten ins Lager des Kapitals gewechselt.

Die EU ist ein imperialistisches Bündnis. Zu ihren zentralen Aufgaben gehören die Begünstigung der kapitalistischen Profitmaximierung sowie die soziale und politische Niederhaltung der Arbeiterklasse, was zwei Seiten derselben Medaille sind. Eine andere EU gibt es nicht und wird es niemals geben, jede Illusion über eine „Sozialunion“ zerbricht an der Realität. Europa wird dann sozial sein, wenn sein Schicksal in den Händen der arbeitenden Menschen liegt: Nur dann können Ausbeutung und Unterdrückung, Arbeitslosigkeit und Armut gegen den Willen und Widerstand des Kapitals und all' seiner Lakaien auf österreichischer und europäischer Ebene überwunden werden.



von Tibor Zenker  
stv. Vorsitzender der  
Partei der Arbeit



## ROTE LITERATUR – JETZT BESTELLEN!

Folgende Bücher und Broschüren können bei der PdA bestellt werden (Preis auf Anfrage):

- ★ Einheit & Widerspruch. Theoretisches und Diskussionsorgan der PdA: Ausgabe 2-5
- ★ Gerfried Tschinkel: Die Warenproduktion und ihr Ende
- ★ Walter Winterberg: Schwimmen gegen den Strom
- ★ Lisl Rizy/Willi Weinert: Österreichische Kommunisten im Spanischen Bürgerkrieg und danach
- ★ Hans Heinz Holz: Die Welt begreifen – organisiert handeln!

► Bestellungen an [pda@parteiderarbeit.at](mailto:pda@parteiderarbeit.at)



# FRAU KAPITAL UND DR. MARX!

In diesem Musiktheaterspiel bringt das Berliner Quartett unter der Regie von Christa Weber das Hauptwerk von Karl Marx „Das ‘Kapital’ - Erster Band“ in 100 Minuten auf die Bühne: anschaulich, unterhaltsam, unakademisch, humorvoll wie tiefgründig, aktuell. Die vier SchauspielerInnen greifen wesentliche Inhalte vom Kapital auf: Ware, Gebrauchswert, Tauschwert, Ware Arbeitskraft, Mehrwert, Ursprüngliche Akkumulation. Die Musik von Christof Herzog setzt die Tradition von Kurt Weill und Hanns Eisler fort. Sie richten den Blick auf die politischen Möglichkeiten der Gegenwart, denn darauf, so Marx, kommt es ja an. Denn in einer Zeit zunehmender Erwerbslosigkeit,

zunehmender Arbeitshetze, zunehmendem Druck und Verunsicherung, wäre es für jeden hilfreich, sich mit diesem Werk zu beschäftigen. Jeder Mensch hat das Bedürfnis, sich von seinen Lebensumständen ein Bild zu machen. Wer stellt sich heutzutage nicht die Frage: Warum werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer? Woher kommt die Arbeitslosigkeit? Warum gibt es so viele Obdachlose? Warum gibt es Kriege? Auf all diese Fragen findet man bei Marx im ‘Kapital’ Antworten.

**Terminhinweis:  
3. November 2018 | Wien**

Quelle: [www.christa-weber.de](http://www.christa-weber.de)



„Bildet euch, denn wir brauchen all eure Klugheit. Bewegt euch, denn wir brauchen eure ganze Begeisterung. Organisiert euch, denn wir brauchen eure ganze Kraft.“

Antonio Gramsci



Partei  
der Arbeit

[www.parteiderarbeit.at](http://www.parteiderarbeit.at)

[www.facebook.com/ParteiDerArbeit](https://www.facebook.com/ParteiDerArbeit)

## Termine

### WIEN

#### Marxistische Abend- schule zu „100 Jahre kommunistische Bewe- gung in Österreich“

##### 7. September, Teil 1:

Von der Parteigründung bis zum Verbot (1918-1933)

##### 14. September, Teil 2:

Illegalität – Faschismus – Befreiung (1933-1945)

##### 21. September, Teil 3:

Aufbruch – Erfolge – Krisen (1945-1982)

##### 28. September, Teil 4:

Niedergang und Neubeginn (1982-2018)

(Beginn jeweils um 18.30 Uhr,  
Ort: PdA-Lokal, Bennoplatz 6)

#### 13. Oktober, 13 Uhr, Antifa-Konferenz des KZ-Verband/VdA,

Lassallestraße 40/2/2/6

#### 3. November, 16 Uhr, Veranstaltung anläss- lich 100 Jahre kommu- nistische Bewegung in Österreich

Gemeinwesenorientierter  
Jugendtreff RÄP

Polgarstraße 30a, 1220 Wien

Anfahrt: Mit den öffentlichen Verkehrsmitteln aus der Inneren Stadt mit der U1 bis Kagran und dann mit dem Bus 26 A Richtung Groß Enzersdorf bis zur Haltestelle Polgarstraße oder Staßenbahn 25 Richtung Aspern bis zur Haltestelle Polgarstraße, dann etwa noch 5 Minuten Fußweg. Oder mit der U2 zur Station Hardeggasse dort umsteigen in die Straßenbahnlinie 25 Richtung Floridsdorf bis zur Haltestelle Polgarstraße, dann etwa noch 5 Minuten Fußweg.

#### Immer Freitags, 17-19 Uhr: Offenes Büro

PdA-Lokal, Bennoplatz 6